

Zum Beispiel Belo Monte

Arbeitsverhältnisse und Streiks auf Brasiliens Großbaustellen



FOTO: GABY KÜPPERS

Angesichts der schlechten Arbeitsbedingungen in von der Regierung geplanten Baustellen ist in Brasilien oft von moderner Sklavenarbeit die Rede. Was soll damit bezeichnet werden und was ist der Unterschied zwischen „moderner“ und nicht-moderner Sklavenarbeit? Die Diskussion darüber kann zwei Schwachpunkte der aktuellen Diskussion über Zwangsarbeit und Sklaverei aufzeigen: 1. Der besondere Fokus auf „unfreier“ Arbeit und Zwangsarbeit ebenso wie die Debatte über *decent work* (von der ILO angestrebte „anständige Arbeit“) neigen dazu, alle Formen der Lohnarbeit, die keine Zwangsarbeit darstellen, als unproblematisch zu verstehen. 2. Die Ausdehnung des Begriffs Sklavenarbeit auf alle möglichen miesen Arbeitsbedingungen birgt die Gefahr, die Spezifik von Zwangsarbeit zu übersehen. Diese begriffliche Unschärfe hängt jedoch auch damit zusammen, dass es in der Realität viele Grenzbereiche zwischen den scharf definierten Phänomenen gibt. Der Arbeitshistoriker Marcel van der Linden hat schon vor einigen Jahren darauf verwiesen, dass viele Grauzonen zwischen Lohnarbeit und Sklaverei existieren, etwa wenn Arbeiter das Firmengelände für Monate nicht verlassen dürfen.

VON JÖRG NOWAK

Auf Brasiliens Großbaustellen, die im Rahmen des Wachstums- und Industrialisierungsprogramms PAC seit 2007 entstanden sind, lassen sich diese Widersprüche anschaulich studieren. Während die Regierung schön bunte Broschüren über *trabalho decente* (anständige Arbeit) drucken lässt, auf der fröhliche Bauarbeiter abgebildet sind, sind es eben die von der Regierung angeschobenen und von der staatlichen Entwicklungsbank finanzierten Projekte, in denen das herrscht, was im Volksmund und von vielen ArbeiterInnen als ‚moderne Sklavenarbeit‘ bezeichnet wird. Am Beispiel der Großbaustelle für den Staudamm Belo Monte,

das bekannteste und umstrittenste Projekt in Brasilien, lassen sich die Charakteristika dieser Form von Arbeit gut erläutern. Gegen den Bau des Staudamms gibt es seit gut 35 Jahren eine breite Bewegung in der Region. Anfang 2011 begann der Bau, seitdem ist die Anzahl der ArbeiterInnen auf gegenwärtig 32 000 angestiegen, Beschäftigte von Fremdfirmen und in der Infrastruktur sind hier noch nicht mitgezählt. 50 Prozent kommen aus dem Bundesstaat Pará, der von der Fläche her etwa doppelt so groß wie Frankreich ist, etwa 20 Prozent stammen aus dem Nachbarstaat Maranhão, die restlichen 30 Prozent aus verschiedenen anderen Staaten.

Die klassische Definition der ILO für Zwangsarbeit trifft hier nicht zu: Die Arbeit wird freiwillig und nicht unter Androhung einer Strafe verrichtet. Damit wäre die Definition der klassischen Zwangsarbeit hier nicht zutreffend: Alle Arbeiter haben Arbeitsverträge und formal das Recht auf freie Assoziation und Tarifverhandlungen. Der Begriff der modernen Sklaverei bezieht sich jedoch auf eine faktische Rechtlosigkeit innerhalb formalrechtlich vollkommen „korrekter Bedingungen“. Diese bestand und besteht vor allem in drei Aspekten:

1. Die von Präsident Lula 2004 gegründete Nationalgarde *Força Nacional*, eine sehr gut ausgebildete Spezialtruppe, residiert seit 2012 direkt auf dem Gelände, zusätzlich zu Militärpolizei und Aufstandsbekämpfungseinheiten. Die *Força Nacional* untersteht dem Justizministerium. Offiziell ist die *Força Nacional* dort im Einsatz, um die Invasion von Indigenen und anderen GegnerInnen des Staudamms zu verhindern, die das Gelände mehrfach besetzt hielten. De facto wird die *Força Nacional* aber auch dazu eingesetzt, die BauarbeiterInnen während des Arbeitsalltags systematisch zu drangsalieren und einzuschüchtern. Regierungsvertreter vor Ort räumen ein, dass es diesen systematischen Einsatz der Truppe jenseits ihres Auftrags gibt (Interview mit Avelino Ganzer, Secretaria Geral da Presidencia da Republica, Altamira, 16. 9. 2014). Es gibt Berichte von Arbeitern bei offiziellen Stellen, die Folter durch die *Força Nacional* beklagen und sie der Verschleppung und systematischen Misshandlung von Frauen bezichtigen. Medien berichten, dass die *Força Nacional* bei Streiks ArbeiterInnen, die mit Fernsehen und Presse gesprochen haben, am Verlassen des Geländes gehindert haben. Insofern werden alle im Arbeitsvertrag garantierten

Foto: Arbeiterunterkünfte in Belo Monte, die die Arbeiter oft monatelang nicht verlassen können

Rechte der freien Assoziation von ArbeiterInnen zur Vertretung ihrer Interessen systematisch annulliert. Dies passiert am offiziellen Auftrag der Sondereinheit vorbei, ohne dass die brasilianische Bundesregierung dagegen eingeschritten wäre – sie hat den Einsatz durch ein Sonderdekret der Präsidentin Dilma Rousseff erst ermöglicht und müsste ihn somit auch kontrollieren.

Ein zweiter Aspekt sind die gefährlichen Arbeitsbedingungen und fehlende Kontrolle. Firmen sind rechtlich verpflichtet, jeden Arbeitsunfall zu melden. In Belo Monte passiert dies jedoch systematisch seit Anbeginn nicht. Dabei gibt es eine hohe Zahl an Todesfällen auf dem Gelände. Schätzungen gehen von 100 Toten pro Jahr aus, aber da es keine Registrierung gibt, sind die Zahlen nicht belastbar. Seit November 2013, also fast drei Jahre nach Beginn der Bauarbeiten, versucht eine Regierungsstelle, die Registrierung von Unfällen durchzusetzen, bisher ohne Erfolg. Angehörige der Todesopfer auf der Baustelle werden regelmäßig bedroht, wenn sie den Todesfall öffentlich machen wollen, und haben auch in vielen Fällen keinen Zugang zu der Leiche. Oft kann nur über viel Druck und die Drohung mit Öffentlichkeit erreicht werden, dass das Unternehmen wenigstens die Beerdigung zahlt. Eine Entschädigung für die Angehörigen, wie es sogar in Indien üblich ist, gibt es nicht – nur das Angebot an diese, selbst im Konsortium CCBM zu arbeiten, was durch Notlagen oftmals auch angenommen wird.

Einer der hauptsächlichen Auslöser für die Streiks in Belo Monte waren die Urlaubsregelungen. HilfsarbeiterInnen, die etwa die Hälfte der Beschäftigten stellen, hatten anfangs gar kein Recht auf Urlaub, die andere Hälfte durfte nur alle sechs Monate für neun Tage die Familie besuchen. Da es anfangs gar kein Mobilfunknetz gab (das jetzt immer noch ziemlich schlecht ist) und keine Internetverbindung, war den ArbeiterInnen ein Kontakt mit ihren Familien kaum möglich. Angesichts der Streiks und einem zwischenzeitlichen Mangel an Arbeitskraft gibt es nun alle drei Monate neun Tage Urlaub. Da das Unternehmen nur die billigsten Flugverbindungen bezahlt (oftmals dauern diese wegen mehrfachem Umsteigen mehr als 24 Stunden), sind viele ArbeiterInnen einen guten Teil der neun Tage unterwegs. Früher hat das Unternehmen nur Busreisen bezahlt, da blieben je nach Entfernung nur noch ein oder zwei Tage mit der Familie.

Insofern gibt es auf der Baustelle in Belo Monte drei Bedingungen, die nicht ausreichen, die Arbeit dort als Zwangsarbeit oder Sklaverei zu bezeichnen, aber sie entsprechen eben den Bedingungen moderner Sklaverei: Rechtslosigkeit inmitten von scheinbar rechtlich geregelten Arbeitsbedingungen – Schikane und praktische Verhinderung des Streikrechts durch auf dem Arbeitsgelände stationierte staatliche Sicherheitskräfte, fehlende externe Kontrolle der Arbeitsbedingungen und Arbeitsunfälle unter Verletzung der Meldepflicht bei Arbeitsunfällen und erhebliche Einschränkungen der Mobilität und des sozialen Kontakts der Arbeiter. Das sind wohlgerne nicht die Bedingungen eines rein privaten Unternehmens, sondern des größten Regierungsprojekts, das wiederum über die staatliche Entwicklungsbank mit Geldern von ArbeiterInnen finanziert wird.

Ein Lichtblick ist eine historische Streikwelle auf den Großbaustellen seit 2011. Im Februar begannen Streiks auf kleine-

ren Baustellen im traditionell streikfreudigen Bundesstaat Bahia, die im März 2011 auf die Baustellen des PAC übergriff: Zuerst streikten 6000 ArbeiterInnen am 13. März auf der Baustelle eines Wärmekraftwerks in Pecem bei Fortaleza, wo viele Arbeiter aus Bahia arbeiten. Hier zerstörten ArbeiterInnen Unterkünfte und Busse, die von schlechter Qualität waren. Es folgte am 15. März der Aufstand von 20 000 ArbeiterInnen in Jirau auf der Baustelle für ein Wasserkraftwerk, bei dem diese Zerstörungen in größerem Ausmaß erfolgten und sich die Lage erst nach einigen Tagen beruhigte. Hier wurde zum ersten Mal von einer PT-Regierung die *Força Nacional* gegen streikende Arbeiter eingesetzt. Einen Tag später sprangen die Unruhen auf das benachbarte Santo Antônio über, wo 15 000 ArbeiterInnen ein weiteres Wasserkraftwerk bauten. Am 18. März schließlich haben 35 000 ArbeiterInnen im petrochemischen Komplex in Suape bei Recife das Protestmuster wiederholt, es kam auch hier zu umfangreichen Zerstörungen. Die Streiks waren ohne Gewerkschaften organisiert, wurden dann aber von der an den meisten Baustellen vorherrschenden gelben Gewerkschaft *Força Sindical* zu Verhandlungen genutzt. Die meisten dieser Streiks dauerten zwischen 10 und 20 Tagen. Im Februar und März 2011 haben insgesamt 180 000 BauarbeiterInnen gestreikt, im gesamten Jahr 2011 waren es 580 000. Im Verlauf des Jahres gab es an vielen Baustellen wiederholt Streiks, da im Frühjahr unter dem Eindruck der Streikwelle getroffene Vereinbarungen in der Regel nicht eingehalten wurden. Das Niveau der Streikaktivitäten blieb weiterhin hoch in den Folgejahren, mit 500 000 BauarbeiterInnen 2012 und wahrscheinlich 400 000 im Jahr 2013.

In Belo Monte begann der Bau später, daher waren dort auch die Streiks zeitlich verzögert. Im April 2012 kam es zu einem ersten längeren Streik, der von einem unabhängig geführten Streikkomitee organisiert war. Er endete ergebnislos, da er von einem Gericht verboten wurde und die Gewerkschaft ihn daraufhin abgewürgt hat, ebenso ein erneuter Streik im Mai 2012. Den Streiks folgten Kündigungswellen, bei denen auch die Streikleitung zum größten Teil rausflog – angeblich wegen vermindertem Arbeitskräftebedarf.

Diese harte Haltung brach sich dann im Aufstand im November 2012 Bahn, als 14 000 ArbeiterInnen gegen ein von der Gewerkschaft unterschriebenes Abkommen über elf Prozent Lohnerhöhung protestierten, die Verhandlungskommission samt Gewerkschaft mit Steinwürfen vertrieben, Unterkünfte von mehreren Tausend ArbeiterInnen angezündet und Computer zerstört haben. Wieder kam die *Força Nacional* zum Einsatz, fünf Arbeiter saßen vorübergehend im Gefängnis, und es kam wieder zu hunderten von Kündigungen. Inzwischen haben sich die Bedingungen zumindest bei den Urlaubsregelungen sowie bei Transport, Essen und Internetempfang verbessert. Die Repression jedoch bleibt. Zusätzlich war in Belo Monte besonders, dass die Arbeitersolidarität nicht nur von zwei kleineren Gewerkschaften, sondern auch von den Aktiven der Bewegung gegen den Staudamm Unterstützung erhielten, wie dem *Movimento Xingu Vivo Para Sempre* oder dem Bündnis MAB (*Movimento dos Atingidos de Barragens*). Diese haben über die Jahre hinweg eine ähnliche Repression erfahren wie die Arbeitenden auf der Baustelle und sehen die Arbeitsbedingungen auf der Baustelle als ein Argument mehr gegen das Megaprojekt. ■